Geschäftszeichen I/32 - Le	Datum 31.10.2012	Vorlage-Nr. XVII-0192/2012
--------------------------------------	----------------------------	--------------------------------------

Beratungsfolge:	Sitzung	Sitzung am:	Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit	öffentlich	13.11.2012	
Kreisausschuss	nicht öffentlich	26.11.2012	
Kreistag	öffentlich	17.12.2012	

<p>Betreff</p> <p>ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig und Durchführung eines Workshops (Antrag Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Landrat wird beauftragt, den Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/ 2. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0192/2012 ergibt, abzuschließen. Die Verwaltung veranstaltet einen Workshop, um Eckdaten für den ÖPNV der Zukunft im Landkreis Wolfenbüttel zu finden, um hieraus ein Konzept für einen leistungsstarken, für den Nutzer attraktiven ÖPNV zu entwickeln.

Aufwand/Auszahlung i. € 430.000,00	Produktkonto 611000000.4313000	☒ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt	Haushaltsjahr 2014
Mittel stehen			
☐ zur Verfügung	☒ nicht zur Verfügung	☐ nur bereit i. H. v. Euro	
Deckungsvorschlag			
☐ Mehrerträge/-einzahlungen bei		☐ Minderaufwendungen/-auszahlungen bei	
Diese Maßnahme hat Auswirkungen auf die Erreichung folgender Oberziele			
☐ unterstützt ☐ behindert Oberziel 1 (Abmilderung des Bevölkerungsrückgangs)			
☐ unterstützt ☒ behindert Oberziel 2 (Reduzierung der Defizite in der Ergebnis- und Finanzrechnung)			
☐ unterstützt ☐ behindert Oberziel 3 (Verbesserung der CO2-Bilanz)			
☐ unterstützt ☐ behindert Oberziel 4 (Erstellung eines Leitbildes mit herausragenden Alleinstellungsmerkmalen)			
☒ unterstützt ☐ behindert Oberziel 5 (dauerhaft bürgerfreundliche Verwaltungsstrukturen)			
☐ unterstützt ☐ behindert Oberziel 6 (leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot)			

Begründung:

zu 1:

Der XVI. gewählte Kreistag hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2011 auf der Grundlage der Sitzungsvorlage XVI-958/2011 den Landrat beauftragt, den von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) in ihrer Sitzung vom 22. September 2011 verabschiedeten „Refinanzierungsvertrag zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des ZGB zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel und dem ZGB“ abzuschließen. Dieser Refinanzierungsvertrag hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2013.

In der Präambel dieses Refinanzierungsvertrages wurde Folgendes verbindlich vereinbart:

Zwischen den Parteien besteht Einvernehmen darüber, die Finanzierung und die Aufgabenwahrnehmung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Verbandsgebiet bis zum 31. Dezember 2013 auf eine neue Grundlage zu stellen. Ziel ist es, dass die Verantwortung für die Aufgabenwahrnehmung und die finanzielle Verantwortung für die Verkehrsleistungen in einer Hand liegen. Um dies zu erreichen, sollen insbesondere ein verursachergerechter Umlageschlüssel und Mitwirkungsmöglichkeiten der Verbandsglieder im Hinblick auf ein bedarfsgerechtes und finanzierbares Verkehrsangebot geschaffen werden. Die Kriterien für die Errichtung von RegioBus-Linien werden überprüft.

In einem lobenswerten gemeinsamen Abstimmungsprozess wurden in der Folge vom ZGB und den Verbandsgliedern die nachstehenden Ziele und Anforderungen für einen Auftrag an ein externes Beratungsunternehmen formuliert:

Zielsetzungen:

- Erarbeitung einer trag- und konsensfähigen Struktur der Re-Finanzierung des ZGB durch seine Verbandsglieder auf der Basis eines rechtskonformen und verursachergerechten Finanzierungsmodells nach Wegfall der Refinanzierungsvereinbarung.
- Erarbeitung von konsensfähigen Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen für die Verbandsglieder.

Anforderungen:

Unter anderem:

- Analyse des Status Quo aller Finanzierungsströme/-strukturen.
- Analyse des Status Quo aller Organisations- und Entscheidungsstrukturen (Einbindung Gremien, Verbandsglieder, übrige Kommunen, Kommunikation).
- Darstellung von „best practice“-Lösungen aus anderen vergleichbaren

Verkehrsräumen.

- Berücksichtigung der Zahlungen für die Schülerbeförderung und mögliche Auswirkungen des demografischen Wandels.

In fünf Arbeitskreissitzungen unter Beteiligung des ZGB, der Verbandsglieder und des externen Beratungsunternehmens wurde versucht, die o. a. Zielsetzungen gemeinsam zu erarbeiten. Letztlich musste ich feststellen, dass weder die Präambel noch die formulierten Auftragsbedingungen und vereinbarten Ziele erfüllt werden konnten.

Das hätte zur Folge gehabt, dass eine über den 31. Dezember 2013 hinausgehende Refinanzierungsregelung nicht zustande gekommen wäre. Weitere Folge wäre gewesen, dass der ZGB die allgemeine Vorschrift, die die Finanzierung des Verbundtarifs gegenüber den Verkehrsunternehmen sicherstellt, wegen der 14-monatigen Kündigungsfrist zum 31. Oktober 2012 hätte kündigen müssen. Mit dieser Kündigung hätte der ZGB vermieden, dass er ab 1. Januar 2014 in die alleinige Finanzierungspflicht kommt, die er nach Beschlusslage aus eigenen Mitteln nicht erfüllen kann. Als

Konsequenz würden die Verkehrsunternehmen in der Verbundgesellschaft Region Braunschweig (VRB) die Verbundverträge wahrscheinlich spätestens zum 31. Dezember 2012 kündigen, was schließlich ab 1. Januar 2014 zum Zerbrechen des Verbundtarifs geführt hätte.

In Gesprächen der Landräte der Landkreise Goslar, Peine und Wolfenbüttel mit dem Herrn Verbandsdirektor des ZGB wurde versucht, einen Kompromiss in dieser Angelegenheit zu finden. Ziel dieses Kompromisses sollte vorrangig sein, den Verbundtarif in der Region zu erhalten.

Schließlich ist es gelungen, einen Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag zu verhandeln. Mit diesem Nachtrag soll der Refinanzierungsvertrag um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2014 verlängert werden. Weiterhin soll die Präambel um eine Zielvereinbarung ergänzt werden. In dieser Zielvereinbarung wird ausgesagt, dass sich die Vertragsparteien einig sind, eine Umsetzung des Zieles der Präambel des Refinanzierungsvertrages bis zum 31. Dezember 2013 nur schwer erreichen zu können. Vor diesem Hintergrund soll eine Verlängerung der Vertragsdauer um ein Jahr erfolgen. Es bleibt jedoch weiterhin das gemeinsame Ziel, eine neue Struktur der Refinanzierung vor diesem Termin (31. Dezember 2014) umzusetzen. Um das sicherzustellen, wird die Umsetzung der in der Zielvereinbarung genannten „Meilensteine“ einvernehmlich vereinbart.

Der Herr Verbandsdirektor hat mir mit Schreiben vom 8. Oktober 2012 den Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag mit der Bitte übersandt, den Vertrag möglichst bis zum 31. Oktober 2012 unterzeichnet an ihn zurückzugeben. Sollte das aufgrund ausstehender Gremienentscheidungen nicht möglich sein, erbat der Herr Verbandsdirektor eine Bestätigung, dass ich die Verlängerung des Refinanzierungsvertrages den Kreistagsgremien befürwortend vorlegen werde.

Ich habe dem Herrn Verbandsdirektor mit Schreiben vom 16. Oktober 2012 u. a. mitgeteilt, dass ich den Kreistagsgremien empfehlen werde, dem Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag zuzustimmen. Von diesem Schreiben hatten die Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen eine Durchschrift erhalten.

Die Verbandsversammlung des ZGB hat in ihrer Sitzung am 16. Oktober 2012 die Beschlüsse gefasst, die eine Verlängerung des Refinanzierungsvertrages und die Ergänzung der Präambel um eine Zielvereinbarung ermöglichen.

zu 2:

Zur Begründung der Notwendigkeit des Workshops wird insoweit auf die Antragsbegründung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN verwiesen.

Ich bitte darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Jörg Röhmann

Anlagen:

- Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22.11/02.12.2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig
- Antrag zur Durchführung eines Workshops ÖPNV